Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
in Alt-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.,
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 63. Mittwoch den 4. März 1891. 85. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die **Entschädigung** für die vom **11. bis mit 19. November 1890** in der **Alter-, Canal-, Carl-, Carl Heine-, Erdmann-, Ernst Mey-, Forst-, Gleis-, Kurze-, Moltke-, Nonnen-, Post-** und **Schulstraße** der **Ortschaft Plagwitz** einquartiert gewesenen Truppen vom **Königl. 7. Infanterie-Regiment Nr. 106** kann in den nächsten 3 Tagen bei unserm Quartieramte, Stadthaus, 3. Etage, Zimmer Nr. 143/145 erhoben werden.

Der den Quartierzettel Vorzeigende gilt als zur Empfangnahme berechtigt.

Leipzig, am 2. März 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
z. M. 2230. Dr. Georgi. Lamprecht.

Bekanntmachung.

Zu dem Neubau einer dritten Schule in Leipzig-Gohlis sollen
1) die **Maler- und Anstreicherarbeiten,**
2) die **Planirungs- und Pflasterarbeiten**
vergeben werden.

Die Angebotsformulare und Bedingungen können bei dem Herrn Architekten Hannemann hier, Au der alten Elster 10, 2. Etage, gegen Erlegung der Gebühren von 75 resp. 50 ₰ entnommen werden, die Angebote sind aber bis **zum 12. März 1891** Nachmittags 5 Uhr versiegelt und mit der Aufschrift:

„Maler- und Anstreicher- bez. Planirungs- und Pflasterarbeiten III. Schule Leipzig-Gohlis"

versehen auf unserm Rathhausamte, Hochbauverwaltung, **Rathhaus** 2. Etage, Zimmer Nr. 5 abzugeben.

Wir behalten uns die Auswahl unter den Bewerbern, sowie die Ablehnung aller Angebote vor.

Leipzig, den 26. Februar 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib. 989. Dr. Georgi. Lohse.

Bekanntmachung.

Die **Glaser-, Tischler-** und **Schlosserarbeiten** für den Neubau einer dritten Schule in Leipzig-Gohlis sind vergeben und werden diejenigen Bewerber, welche nicht besonders benachrichtigt werden sind, ihrer Angebote entlassen.

Leipzig, den 26. Februar 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib 989. Dr. Georgi. Lohse.

In unseren Räumlichkeiten sind zu verschiedenen Zeiten nachstehend verzeichnete Gegenstände aufgefunden worden:

1 Regulator,
1 Pelzjacke,
1 Frauen-Paletot,
1 Frauen-Mantel,
1 Rammrock,
2 wollene Mannspaletots,
8 „ Kinderpaletots,
1 bunte baumwollene Tischdecke,
1 weiß baumwollener Bettüberzug,
1 altes gestricktes Bettuch,
1 Päckchen, enthaltend 7 Stück div. alte Leib- und Bettwäsche,
1 „ „ 3 „ alte Laken,
1 silberne Cylinderuhr mit unechtem Ring,
1 rothes Deckbett in Bettuch und Tragkorb.

Wir fordern demnach die rechtmäßigen Eigenthümer auf, innerhalb der nächsten 4 Wochen, bis spätestens den 6. April 1891, ihre Ansprüche geltend zu machen, da sonst anderweitige Verfügung darüber getroffen wird.

Leipzig, den 3. März 1891.

Die Verwaltung des Leihhauses und der Sparcasse.

Oeffentliche Handelslehranstalt.

Die Anmeldung von **Handlungslehrlingen,** welche kommende Ostern in die Früh- oder Nachmittagscurse der **Lehrlingsabtheilung** eintreten sollen, erbittet sich der Unterzeichnete in der Zeit **vom 2. bis mit 5. März, vormittags von 11 bis 12½ Uhr,** womöglich unter persönlicher Vorstellung der Anzumeldenden durch ihre Herren Prinzipale. Das letzte Schulzeugniss oder die Censurliste des Schülers ist bei dieser Gelegenheit vorzulegen.

Während der gedachten Zeit werden auch Anmeldungen für den **einjährigen fachwissenschaftlichen Cursus** entgegengenommen, an welchem sich **Handlungslehrlinge** betheiligen können, die im Besitze des Zeugnisses für die wissenschaftliche Befähigung zum Einjährig-Freiwilligendienste sind. Unterricht 10 Stunden wöchentlich. Schulgeld 30 ℳ.

Leipzig, im Februar 1891.

Carl Wolfrum, Director.

Bauareal,

über 200,000 □Meter, zur Errichtung von Fabriken und Wohnhäusern geeignet, zwischen der fiscalischen Straße nach Leipzig und der Eisenbahn, beziehentlich dem Pereiger Communicationswege und der Eisenbahn gelegen, hat zu verkaufen **die Stadtgemeinde Taucha,** von Leipzig per Bahn in 15 Minuten zu erreichen.

Etwaige Anfragen bittet man an Unterzeichneten zu richten.

Taucha, am 2. März 1891.

Der Stadtrath.
Schönfeld, Bürgermeister.

Frankreich und Elsaß-Lothringen.

Die unlängst bei einem Festmahl zu Ehren des Landesausschusses von Elsaß-Lothringen vom Statthalter Fürsten Hohenlohe gehaltene Ansprache war ein Beweis für den guten Stand der Beziehungen zwischen der Bevölkerung der Reichslande und der Regierung. Fürst Hohenlohe drückte seine Freude darüber aus, daß sich die patriotische Gesinnung eines hervorragenden Mitgliedes des Landesausschusses, Herrn Dr. Schlumberger, in so wohlthuender Weise kundgegeben habe. Der Statthalter fügte hinzu: „Sein Appell an das Vertrauen der Regierung hat aufrichtigen Widerhall gefunden. Es konnte auch nicht anders sein, denn wir, die im Lande leben, kennen und würdigen die loyalen Gesinnungen der Bevölkerung und an Vertrauen fehlt es uns nicht. Damit ist aber die Frage nicht erledigt. Es handelt sich — abgesehen von dem größeren oder geringeren Vertrauen in die Absichten unserer westlichen Nachbarn — auch um die Stimmungen und Beziehungen zwischen dem Reichslande und dem Reiche. Es gab eine Zeit, wo diese gestört waren. Auf diese Zeit sind die Maßregeln zurückzuführen, die auf dem Lande gelastet haben und theilweise noch jetzt lasten. Fürst Bismarck, der diese Maßregeln veranlaßt hatte, wurde dabei nicht blos von politischen Motiven geleitet; er glaubte augenscheinlich, auch der damals in Deutschland herrschenden Stimmung, dem damals herrschenden Mißtrauen Rechnung tragen zu sollen. Das ist nun anders und besser geworden, das Vertrauen hat hier und dort zugenommen, und Worte, wie die, welche unser verehrter Freund gesprochen hat, werden dazu beitragen, das gegenseitige Vertrauen zu befestigen und zu erweitern. Und so können wir hoffen, nach und nach zu normalen Zuständen zurückzukehren."

In dieser Ansprache ist die Lage gekennzeichnet, wie sie noch am 25. Februar war, unmittelbar darauf ist bekanntlich der Umschlag in der öffentlichen Meinung Frankreichs eingetreten, welcher die Reichsregierung veranlaßt hat, die Paßpflicht in ihrem ganzen Umfange in Elsaß-Lothringen wieder herzustellen. Leider wirkt diese Maßregel nicht so sehr auf Frankreich ein, als sie im Reichslande empfunden wird, aber sie ist in Frankreich verstanden worden und hat dort die ihr zukommende Auslegung gefunden. Der vernünftige Theil der Pariser Bevölkerung kam zum Bewußtsein der Tragweite der Handlungsweise, welche Deroulede und sein boulangistisches Gefolge für zweckmäßig befunden hatten, und heute ermannt sich die „Liberté" zu der Frage, wie es kam, daß die aufgelöste Patriotenliga die von ihr gewählte Rolle spielen konnte.

Das Blatt erkennt den vollen Ernst der Lage, es sagt voraus, daß die Liga eines Tages ermuthigt, durch die ihr bewiesene Duldung, einen furchtbaren Zwischenfall herbeiführen werde, welchen gut zu machen, es zu spät sein werde. Gestern habe man den Schreiern anläßlich des Dramas Thermidor nachgegeben, heute schweige man zu den Kundgebungen sogenannter Patrioten. Heiße das regieren, Gesetz und Ordnung vertheidigen?

Aber die Elsaß-Lothringer, für deren Wiedervereinigung mit Frankreich sich die Deroulede und Genossen so erhitzen, haben die Franzosen selbst darüber aufgeklärt, wie sie über diese unverfrorenen Agitationen denken. Am Schluß eines Briefes an die „Estafette", das Organ Ferry's, sagt ein Elsässer, der zahlreiche Hintermänner zu haben scheint: „Infolge unserer geographischen Lage werden wir stets ein Streitobject zwischen den beiden großen Nationen sein, aber wir wollen unser Schicksal nicht an diejenigen ketten, welche ihr eigenes Land bei jeder Gelegenheit in die größte Verwirrung stürzen. Wir wollen nur den Frieden und werden den Augenblick, wo beide Völker in die friedliche Aera eintreten, mit Freuden begrüßen. Denn, wer auch der Sieger in einem neuen Kriege sein würde, wir sind die Opfer, und wenn wir den Revancheschreiern vertrauen wollten, würde es uns nur deste schlechter gehen."

So urtheilen die Bewohner eines Landes über die französische Kriegspartei, welches von dieser als der Gegenstand der heißesten Sehnsucht des französischen Volkes ausgegeben wird. Es sind viele Anzeichen vorhanden, welche die Meinung des Correspondenten der „Estafette" als die im Reichslande allgemein verbreitete erkennen lassen, die Elsässer wollen gar nicht mit Frankreich wieder vereinigt werden, sie sind mit ihrem gegenwärtigen Loose zufrieden und wünschen weiter nichts als Ruhe und Frieden. Sie haben sich im Laufe von 20 Jahren überzeugt, welchen Wandlungen Frankreich in dieser Zeit unterworfen war, und sie haben Gelegenheit gehabt, damit die Festigkeit der Verhältnisse in Deutschland zu vergleichen. Die deutsche Art, zu denken und zu empfinden, welche bei ihnen lange Zeit künstlich unterdrückt worden war, ist wieder in ihre Rechte getreten, sie wollen nicht in steter Aufregung, in steter Ungewißheit über die Zukunft leben, sie verlangen nach einer festen dauernden Ordnung ihres Lebens in Staat und Gemeinde, und ziehen ein solches Leben allen Träumen von Ruhm und Rache vor. Als sie noch Franzosen waren, mußten die Elsässer stets als Zielscheibe des Pariser Witzes herhalten, sie wurden als ungehobelte, hölzerne Naturen und deutsche Querköpfe verspottet und erst, wenn die Ereignisse eine kriegerische Wendung nahmen, erinnerte man sich in Paris, daß im Elsaß die besten Cavalleristen wohnen und daß die Elsässer sowohl zu Pferde als zu Fuß sehr gefürchtete Soldaten seien. Der Vorzug, der „großen" Nation anzugehören, ist nicht so übertrieben werthvoll, daß sie dadurch veranlaßt werden könnten, die Zugehörigkeit zum Deutschen Reiche gering zu achten. Die Hauptsache sind und bleiben die materiellen Verhältnisse, und diese mögen in dem früheren Verhältniß zum Theil besser gewahrt worden sein. Aber aus der Art und Weise, wie sich Freiherr Zorn v. Bulach der landwirthschaftlichen Interessen seiner Landsleute im Reichstage angenommen hat, ist zu ersehen, daß die Elsässer, gleichviel ob sie Landwirthe sind oder Industrielle, längst den Gedanken an eine Wiedervereinigung mit Frankreich aufgegeben haben, daß sie vielmehr bemüht sind, ihre Lebensbedingungen im Deutschen Reiche so günstig wie möglich zu gestalten. Alle die Bemühungen, welche Deroulede und Genossen seit einer Reihe von Jahren aufgewendet haben, um den Zusammenhang Frankreichs mit dem Elsaß aufrecht zu erhalten und Zwietracht zu stiften zwischen dem Reichslande und dem Deutschen Reich, haben nur den Erfolg gehabt, den Verschmelzungsproceß zu hemmen, aber nicht ihn zu verhindern. Man denkt heute im Elsaß ganz anders über die Patriotenliga wie früher, als noch die französische Art, zu denken und zu empfinden, bei der Bevölkerung künstlich rege erhalten wurde. Auch unter den Leuten, welche heute noch äußerlich den Schein zu wahren suchen, als ob sie die Zeit vor 1870 zurückwünschten, ist eine Ernüchterung erkennbar; sie können sich nur noch nicht von ihren alten Gewohnheiten trennen, wirklichen Anlaß zur Unzufriedenheit haben sie nicht. Wir müssen in dieser Beziehung der Zeit ihr Werk vollenden lassen; bevor die französisch denkende Generation nicht ausgestorben ist, kann der wiedererwachte deutsche Geist nicht zur vollen Geltung und Erstarkung gelangen, aber weitere zehn Jahre werden die Regermanisirung des Reichslandes vollenden. *

Leipzig, 4. März.

* Wie nachträglich bekannt wird, hatten die ersten Nachrichten über die Vorgänge in Paris in den Berliner höchsten Kreisen eine hochgradige Erregung und Verstimmung hervorgerufen. Man war im ersten Augenblick bereit, die Pariser Ausschreitungen durch sehr ernste Maßregeln zu beantworten, doch ist man nach näherer Kenntnißnahme der Einzelheiten davon zurückgekommen. Immerhin werden die Bestrebungen auf Herbeiführung besserer Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, welche von hier aus so eifrig angeregt und gefördert worden waren, vorläufig ruhen. — In Bezug hierauf meldet die „Kölnische Zeitung": Sicherem Vernehmen nach betrachtet die Reichsregierung den französischen Zwischenfall als durch die Anordnung der Paßmaßregel für Elsaß-Lothringen erledigt, wofern keine neuen Zwischenfälle eintreten. Es liegt zunächst nicht in ihrer Absicht, weitere Maßregeln zu ergreifen. Auch wird der französischen Regierung weder eine Note noch anderweitige, den Vorfall betreffende amtliche Mittheilung zugestellt werden.

* Die handelspolitischen Verhandlungen mit Oesterreich sollen noch immer einen günstigen Verlauf nehmen und ein für beide Theile befriedigendes Ergebniß hoffen lassen. Mehr kann darüber nicht bekannt sein. Mehrfach wurde schon in den Blättern und auch sonst bemerkt, daß eine bezügliche Vorlage schwerlich noch während dieser Tagung an den Reichstag gelangen werde. Man wollte auch vermuthen, daß, bevor die in Aussicht genommenen späteren Verhandlungen mit Italien und der Schweiz festen Boden gewonnen hätten, irgendwie Sicheres über die Einzelheiten der deutsch-österreichischen Verhandlungen wohl kaum an die Oeffentlichkeit gelangen würden.

* Unter den Mitteln, mit welchen gewissenlose Agitatoren, so schreiben die „Berliner Politischen Nachrichten", die Bergleute in den Kohlendistricten zur Aufstellung der bekannten exorbitanten Forderungen in Bezug auf Arbeitszeit und Lohn zu bewegen suchen, spielt die Verweisung auf die verschiedenen kaiserlichen Kundgebungen bezüglich des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine große Rolle. Selbstverständlich kann aus den Kundgebungen, wenn man der Wahrheit die Ehre geben will, nicht das Mindeste zur Unterstützung jener mit der internationalen Socialdemokratie Hand in Hand gehenden Bestrebungen hergeleitet werden. Allein Agitatoren, welche in Verdrehung der Wahrheit geübt sind und vor keinem noch so schlechten Mittel zurückschrecken, um ihre verwerflichen Ziele zu erreichen, ist es doch gelungen, den weniger Urtheilsfähigen weiß zu machen, daß sie im Sinne und nach den Intentionen der kaiserlichen Kundgebungen handelten. Bei einem so tief monarchisch gesinnten Volke, wie dem unserigen, wirkt eine solche Unterstellung, wenn sie erst Glauben gefunden hat, naturgemäß bedenklich. Es wird daher nicht nur die zunächst Betheiligten, sondern bei der schwerwiegenden Bedeutung der Sache für unser ganzes Erwerbsleben alle Kreise, welche Herz für das Gesammtwohl haben, mit besonderer Genugthuung erfüllen, daß, wie verschiedentlich berichtet wird, in allernächster Zeit eine Kundgebung erfolgen soll, welche die über die Stellung der Regierung zu diesen Fragen erregten Irrthümer in der bündigsten Weise beseitigen und klarstellen soll, daß die Ziele der jetzigen Bergarbeiterbewegung mit ihrer internationalen socialistischen Richtung weit entfernt davon, den Absichten der erwähnten kaiserlichen Kundgebungen zu entsprechen, sich in dem directesten Widerspruch mit denselben befinden und die Regierung daher nöthigen, mit voller Energie Front gegen diese Bestrebungen zu machen. Man darf von einer solchen Kundgebung ein bedeutsame Klärung der Lage und eine der Erhaltung des wirthschaftlichen Friedens sehr günstige Wirkung erhoffen.

* Dem preußischen Abgeordnetenhause ist die übliche Denkschrift über die Ausführung des Gesetzes, betreffend die Beförderung deutscher Ansiedelungen in den Provinzen Westpreußen und Posen, zugegangen. Der Bericht zeigt, daß das Ansiedelungswerk in ersprießlichem Fortgang begriffen ist. Im Jahre 1890 sind der Ansiedelungscommission freihändig zum Ankaufe angeboten: 52 Güter und 46 bäuerliche Grundstücke, davon aus polnischer Hand: 25 Güter und 26 bäuerliche Grundstücke, aus deutscher Hand: 27 Güter und 20 bäuerliche Grundstücke. In 52 Fällen trat die Ansiedelungscommission außerdem dem Ankaufe von Gütern und Grundstücken, welche zur Zwangsversteigerung standen, näher. Thatsächlich sind im Jahre 1890 für Zwecke der Ansiedelungscommission angekauft und übernommen: a) 10 Rittergüter, b) 1 adliges Gut, c) 1 Freischulzengut, zusammen 12 größere Güter (Hauptgüter mit oder ohne ausgebaute Vorwerke und theilweise mit zugeschriebenen und nicht zugeschriebenen früher angekauften bäuerlichen Grundstücken), d) 2 bäuerliche Grundstücke.

* Die „Hamburger Nachrichten" schreiben: Ein Theil der Presse führt fort, es als einen Act besonderer Milde hinzustellen, daß nicht „strafrechtlich" gegen die „Hamburger Nachrichten" wegen deren Veröffentlichungen eingeschritten werde. Dem gegenüber richten wir die Aufforderung an die betreffenden Blätter, doch einmal näher nachzuweisen, worauf die Anklage, die milder und nachsichtiger Weise gegen unser Blatt nicht erhoben werde, sich eigentlich stützen sollte, es würde sich dann die ganze Hohlheit des betreffenden Zeitungsgeschwätzes und der unsinnigen Nachricht herausstellen, daß jene Milde gegen uns auf Grund einer Berliner Ministerberathung geübt werde. — Wir stellen übrigens bei dieser Gelegenheit fest, daß zu den Hauptbetzern gegen unser Blatt der Londoner „Standard" gehört. Dies könnte bei einem englischen, mit unseren deutschen Verhältnissen nur wenig vertrauten Blatte Wunder nehmen, ließe sich die Auffälligkeit nicht darauf zurückführen, daß der Berliner Correspondent des genannten Blattes in intimen Beziehungen zu einem langjährigen und einflußreichen Mitgliede des auswärtigen Amtes steht, dessen Animosität gegen jede Kundgebung zu Gunsten des früheren Reichskanzlers für Niemandem ein Geheimniß ist.

* Nach den bis jetzt vorliegenden, noch nicht ganz vollständigen Nachrichten ist der Sieg des deutschfreisinnigen Dr. Witte in der am 28. Februar stattgehabten Reichstagswahl in Sonneberg-Saalfeld gesichert. Die deutschfreisinnige Partei hat bei dieser Wahl eine rechte Warnung empfangen. Nur mit größter Mühe gelang es noch einmal, das Mandat dadurch zu halten, daß die bürgerlichen Parteien fest zusammenstanden. Die freisinnige Partei ist sich bisher dieser Pflicht, auch ihrerseits andere Parteien gegen die Socialdemokratie zu Hilfe zu kommen, nur in einzelnen Fällen bewußt gewesen. Sie hat bei den vorjährigen Wahlen in manchen Fällen die Mittelparteien gegen die Socialdemokraten unterstützt, in andern und zahlreicheren Fällen aber auch den Socialdemokraten das Mandat verschafft. Diese falsche und unzuverlässige Haltung muß aufhören, und auch die freisinnige Partei muß die Pflicht der Gegenseitigkeit anerkennen, wenn die Parole des Zusammenhaltens der bürgerlichen Parteien gegen die Socialdemokratie unsererseits künftighin der freisinnigen Partei gegenüber Beachtung finden soll. Mit nationalliberaler Hilfe Mandate einstreichen und zum Dank nationalliberale Wahlkreise den Socialdemokraten ausliefern helfen, darf in Zukunft nicht mehr vorkommen.

* Aus Straßburg schreibt man vom 1. März: Der Wortlaut der nunmehr wieder in voller Kraft bestehenden Verordnung, die den Paßzwang vorschreibt, ist folgender:

I. Alle über die französische Grenze zureisenden Ausländer, ohne Unterschied, ob sie auf der Durchreise begriffen sind oder im Lande Aufenthalt nehmen wollen, müssen sich im Besitze eines Passes befinden, welcher mit dem Visa der deutschen Botschaft in Paris versehen ist. Das Visa darf nicht älter sein als ein Jahr. Gewerbelegitimationen für ausländische Handelsreisende ersetzen den erforderlichen Paß nicht. Ausländer, welche sich nicht im Besitz eines regelmäßigen Passes befinden, sind an der Weiterreise zu hindern und nöthigenfalls über die Grenze zu führen. Reichsangehörige, welche über die französische Grenze zureisen, bedürfen eines Passes nicht.

II. Ausgenommen von der Paßpflicht sind: die Bewohner der französischen Grenzgemeinden, sofern sie sich zu geschäftlichen Zwecken in eine benachbarte deutsche Grenzgemeinde begeben und sich vor dem Grenzpolizeibeamten entsprechend ausweisen.

* * *

* In der französischen Deputirtenkammer richtete Abgeordneter Douville Maillefeu an die Regierung eine Anfrage, welche Maßregeln dieselbe zu ergreifen gedenke, um dem Skandale der öffentlichen Spiele in Monaco ein Ende zu machen. (Lärm.) Der Minister des Aeußern Ribot verlangte die unmittelbare Berathung über die Anfrage. Douville Maillefeu führte aus, die Regierung habe unbeschadet der einem sympathischen und schwachen Nachbar geschuldeten Rücksichten das Recht, demselben gute Rathschläge zu ertheilen. Minister Ribot antwortete, Monaco sei ein unabhängiges Fürstenthum, über welches Frankreich keinerlei Protectorat ausübe. Eine diplomatische Verhandlung, wie sie der Fragesteller wünsche, sei nicht zu empfehlen. Der Vertrag der Gesellschaft, welche die Spiele leite, sei noch nicht abgelaufen. Der Minister gab schließlich der Hoffnung Ausdruck, die Kammer werde nicht verlangen, daß er bezügliche Verhandlungen einleite. (Beifall.) Douville Maillefeu zog hierauf seine Anfrage zurück. — Abgeordneter Meline brachte einen Antrag ein, wonach alle im März neu besäten Felder im Jahre 1891 von der Grundsteuer befreit sein sollen, und verlangte die Dringlichkeit für diesen Antrag. Der Ackerbauminister Develle sprach sich für den Antrag aus, wofern sich derselbe nur auf die kleinen Landwirthe erstrecken solle, denen dadurch eine Ermuthigung zu Theil würde. Hierauf wurde mit 365 gegen 137 Stimmen die Dringlichkeit angenommen und auf Antrag des Finanzministers Rouvier der Antrag mit 343 gegen 118 Stimmen an die Budgetcommission verwiesen.

* Die Pariser haben nunmehr in der That eine neue Sensationsaffaire: das Verbot aller Wetten auf Rennplätzen. Hierüber liegt nachstehendes Telegramm vor:

Paris, 2. März. Der Minister des Innern Constans hat die Rennvereine der Departements Seine und Seine et Oise von dem Beschluß in Kenntniß gesetzt, durch welchen das Wetten auf Rennplätzen in Zukunft untersagt und jede Art von Spiel vom 3. März d. Js. überhaupt verboten wird. Eine ähnliche Mittheilung wird demnächst auch den Rennvereinen in der Provinz zugehen.

Außer den Boulangisten und den Intransigenten ist hier so ziemlich Jedermann darüber einig, daß das Verbot nicht wird aufrecht erhalten werden können und ein modus vivendi eingeführt werden wird, der den in allen Classen wüthenden Spielteufel Schranken setzt, die kleinen Leute gegen ihr eigenes Leidenschaften schützt und zugleich den Fortbestand der Rennen ermöglicht. Sollte sich daher das Ministerium Freycinet-Constans sträuben, im letzten Augenblick noch Wandel zu schaffen, so könnte es leicht geschehen, daß seine Popularität, soweit dieselbe überhaupt noch vorhanden ist, weitere Einbuße erfährt. Andererseits sind die Boulangisten allem Anschein nach entschlossen, darüber zu wachen, daß der Minister des Innern, Constant, gemäß seiner in der Deputirtenkammer gemachten Ausführungen handelt. Hoffen sie doch bereits nach den jüngsten Vorgängen auf einen neuen Aufschwung ihrer Sache. Boulanger, der in Brüssel eingetroffen ist, wird, wie es heißt, nicht mehr nach Jersey zurückkehren. Zunächst wird er sich allerdings nach einem Telegramm des „H. T. B." vor der belgischen Justizpolizei wegen — Falschmeldung zu vertheidigen haben, da ihm bereits eine bezügliche Vorladung zugegangen ist.

Was das Verbot der Wetten auf Rennplätzen betrifft, so ergehen die verschiedenen Blätter sich bereits in Betrachtungen nach der Art der folgenden:

Wenn der Minister des Innern Wort hält und wenn er es nicht thäte, so wäre Herr Michou da, um es ihm in Erinnerung zu bringen, so ist dies das wahrscheinliche Ende der Rennen ... Es könnte nichts schaden, wenn der Minister der Kammer erklärte, daß die Moral und die Politik zweierlei sind. Mag das Spiel ein Laster sein, ein nützliches Laster nach dem Nationalökonomen, ein Laster sogar, welches das Geld in Verkehr bringt und darum Aufmunterung verdient — jedenfalls ist es ein einziges, allgemeines, unausrottbares Laster. Darum thäte der Staat weit am besten, wenn er das Spiel überwachte, wenn er verhindert, daß man dabei bestohlen wird; denn das Verbot, welches die Sittenrichter erzwungen haben, wird das Uebel nur verschlimmern, weil man Mittel und Wege suchen und finden wird, es zu umgehen.

* Im englischen Unterhause erklärte Unterstaatssecretair Ferguson auf eine Anfrage, es werde die Bezeichnung „Sudan" auf ausgedehnte Gegenden in Afrika angewendet, von denen sicher nicht alle zu Egypten gehörten; England habe nicht die Verpflichtung übernommen, die Grenzen der egyptischen Souveränetät im Sudan zu definiren; eine Vermehrung der egyptischen Armee sei nicht beabsichtigt.

* Die englische Politik in Westafrika scheint sich für dieses Jahr mit großen Plänen zu tragen. Wenigstens könnte man das aus dem Umstande folgern, daß das Londoner Kriegsministerium Rundschreiben an das Officiercorps der Armee gerichtet hat, worin denjenigen Officieren, welche Neigung verspüren, an der Goldküste Dienste zu thun, anheim gegeben wird, dies unverzüglich am zuständigen Orte mitzutheilen. Daß es sich um keine Sinecuren handelt, geht aus den gestellten Bedingungen hervor. Die Aspiranten dürfen nicht älter als höchstens 30 Jahre sein, dürfen nicht weniger als zwei, nicht mehr als zehn Dienstjahre zählen, müssen sich einer durchaus einwandsfreien Gesundheit erfreuen und Schützen erster Classe sein.

* Aus Christiania wird vom 2. März gemeldet: Gutem Vernehmen nach wird das Ministerium Steen während der jetzigen Storthing-Session sich nur mit Erledigung der laufenden Geschäfte befassen. Nach den im Laufe dieses Jahres stattfindenden Neuwahlen will sich das Ministerium vorbehalten, betreffs der auf die Union zwischen Schweden und Norwegen bezüglichen Angelegenheiten Anträge zu stellen und die übrigen großen Reformvorlagen zu fördern.

* Aus Petersburg, 2. März, wird uns berichtet: Die von der Staatsregierung eingesetzte Special-Commission zur Regelung der Judenfrage hat eine weitere Beschränkung der Rechte der Juden in Ausübung von Handelsunternehmungen und Handwerk im Königreich Polen und den